Union: Regierung soll Plan gegen politischen Islamismus vorlegen

26. September 2022



Berlin (KNA) Die Bundestagsfraktion der Union hat die Bundesregierung aufgefordert, einen Aktionsplan gegen politischen Islamismus vorzulegen. Der Verfassungsschutz müsse Finanzströme zur Finanzierung noch genauer unter die Lupe nehmen, sagte der innenpolitische Sprecher der Bundesfraktion der Union, Alexander Throm (CDU), am Donnerstag in Berlin. Anlass für die Äußerungen war ein Medienbericht, wonach Dokumente von katarischen Wohltätigkeitsorganisationen darauf hindeuten, dass aus Katar Millionen Euro an teils problematische Moscheevereine in Deutschland geflossen sind.

Weiter rief er die Bundesregierung dazu auf, bilaterale Gespräche mit den Staaten zu führen, die radikale Strukturen in Deutschland unterstützten. Throm verwies auf einen entsprechenden Antrag der Union. Ein Investigativ-Team der ARD-Politikmagazine Kontraste und Report München sowie der Wochenzeitung „Die Zeit“ konnten die Dokumente der katarischen Wohltätigkeitsorganisationen erstmals auswerten und am Donnerstag einen entsprechenden Bericht veröffentlichen.

© KNA

Beitragsbild: Jensino via pixabay.com

Stand: 17. November 2026